



HESSISCHER LANDTAG

29. 03. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Die Waffen nieder – nein zum russischen Angriffskrieg – bestmögliche Versorgung von allen Geflüchteten aus der Ukraine sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt den völkerrechtswidrigen militärischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Russische Föderation muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Der Hessische Landtag bekundet Solidarität und Unterstützung mit den Menschen in der Ukraine, die Opfer einer brutalen Aggression geworden sind und unter den schrecklichen Folgen des Krieges leiden. Er solidarisiert sich mit den Menschen in der Russischen Föderation, die allen Repressionen der Regierung zum Trotz für Frieden und Demokratie eintreten.
2. Der Landtag tritt für Diplomatie, Verhandlungen und zivile Konfliktlösung ein und lehnt Krieg als Mittel der Politik unmissverständlich ab. Er begrüßt gezielte Wirtschaftsanktionen, die Oligarchen und Kriegsprofiteure direkt treffen. Dazu sollen auch in Hessen etwaige Vermögenswerte beschlagnahmt werden. Der Hessische Landtag bedauert, dass die Idee eines gemeinsamen Hauses Europa, geprägt von wechselseitiger Sicherheit, nunmehr in noch weitere Ferne gerückt ist. Er hält gleichwohl an dieser Idee einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung fest.
3. Der Landtag lehnt das von der Bundesregierung geplante 100 Mrd. € schwere Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr ebenso ab wie die Übererfüllung des Nato-Zwei-prozentziels und den geplanten Verfassungsrang für Aufrüstung. Eine Aufrüstung der Bundeswehr hätte den Krieg in der Ukraine nicht verhindert, keinen Einfluss auf den Kriegsverlauf und würde Europa oder gar die Welt nicht sicherer oder friedlicher machen. Zusätzliche finanzielle Aufwendungen müssen zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur, und für eine sozialökologischen Energie-, Agrar- und Verkehrswende genutzt werden.
4. Der Landtag bekräftigt die Entscheidung der Europäischen Union, die Massenzustrom-Richtlinie zu aktivieren, um Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen aus der Ukraine schnellen Schutz mit klarem Aufenthaltsstatus in der EU zu gewähren und einen unmittelbaren Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen zu gewährleisten. Die Massenzustrom-Richtlinie soll so umgesetzt werden, dass alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, die gleichen Rechte erhalten, etwa auch Drittstaatenangehörige, die in der Ukraine gelebt haben. Das Land muss zusammen mit dem Bund oder auch in eigener Kompetenz Regelungslücken im Sinne aller Geflüchteten umgehend schließen. Auch muss endlich den Geflüchteten, die sich entlang der europäischen Grenzen in Belarus aufhalten, der sichere Zugang in die EU-Staaten gewährt werden.
5. Der Landtag begrüßt die breite Solidarität mit der Ukraine in der Bevölkerung. Im Besonderen erkennt er die enorme Unterstützung der hessischen Kommunen, Behörden und Ehrenamtlichen, die die Registrierung und Unterbringung der ankommenden Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ermöglichen, an. Das Land Hessen baut zusammen mit den Kommunen eine Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Menschen auf, die Geflüchtete privat aufgenommen haben und für die Geflüchteten selbst. Das Land Hessen sorgt dafür, dass Geflüchtete, die nur vorübergehend in privaten Wohnungen untergebracht werden können, mit adäquatem Wohnraum versorgt werden. Es sind zudem alle Maßnahmen zu ergreifen, um auch bei weiter steigenden Ankünften eine Unterbringung in Zelten oder Turnhallen weitgehend zu vermeiden. Wo nötig, muss vorhandener Leerstand und zweckentfremdeter Wohnraum auch ordnungsrechtlich verfügbar gemacht werden.

6. Der Landtag unterstützt, dass die Möglichkeiten der Aufnahmekapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung in Hessen genutzt und erweitert werden, um die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Der Landtag dankt den Landkreisen und den Ehrenamtlichen aller Hilfsorganisationen, die im Auftrag des Landes schnell Notunterkünfte eingerichtet haben. Der Dank gilt auch der Stadt Frankfurt am Main, die als Verkehrsknotenpunkt einen enormen täglichen Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen hat und in Abstimmung mit dem Land ein Erstversorgungszentrum mit 2.000 Plätzen geschaffen hat. Dadurch können Hilfsbedürftige rasch versorgt und registriert werden und die Angekommenen, die keine Bezugspersonen haben, möglichst schnell und geordnet auf die Kommunen verteilt werden. Das Land Hessen stellt den Kommunen zusätzliche Mittel bereit, um eine gute Unterbringung zu gewährleisten. Das Land Hessen drängt darauf, dass der Bund hierbei seinen angemessenen finanziellen Anteil leistet.
7. Der Landtag betont, dass insbesondere Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, ein Recht auf besonderen Schutz, Sicherheit und Geborgenheit haben. Geflüchtete Kinder aus den ukrainischen Kriegsgebieten brauchen besondere Unterstützung. Der Landtag befürwortet den Ausbau der landesweiten Bildungs- und Integrationsangebote und unterstützt den Ausbau spezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Das Land Hessen und die Kommunen werden aufgefordert sicherzustellen, dass kurzfristig notwendige Anpassungen, etwa bei der Fachkraft-Kind-Relation in Kitas, nur zeitlich befristet erfolgen und keine allgemeine Aufweichung des Fachkräftegebots geschieht. Der Landtag sieht die besondere Schutzbedürftigkeit geflüchteter Frauen insbesondere vor sexualisierter Gewalt und Zwangsprostitution. Private Unterbringung, insbesondere bei gemeinsam genutzten Räumlichkeiten, darf deshalb nur nach Überprüfung der Angebote und Anbietenden erfolgen. Der Landtag fordert zudem die Landesregierung auf, die Stärkung des Frauenschutzsystems zu forcieren, spezialisierte Beratungsnetzwerke mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und allen sozialen Einrichtungen einen Zugang zu qualifizierter Sprachmittlung zu ermöglichen.
8. Um Kriegs- und Fluchtraumata verarbeiten zu können, muss die psychosoziale Versorgung für Geflüchtete umgehend ausgebaut werden. Alle Geflüchteten in Hessen müssen vollen Zugang zu den Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung erhalten.
9. Um eine schnelle Arbeitsmarktintegration, die für viele Geflüchtete eine Rückkehr zur Normalität bedeutet, zu gewährleisten, muss in Zusammenarbeit mit Kommunen und BAMF umgehend ein breites Angebot an Sprachkursen aufgelegt werden. Die Anerkennung beruflicher Abschlüsse ist deutlich zu beschleunigen, gegebenenfalls notwendige Nachqualifizierungen sind umgehend bereitzustellen.
10. Dem Landtag ist bewusst, dass die russische Bevölkerung nicht für den durch das von Präsident Putin geführte Regime begonnenen Angriffskrieg verantwortlich gemacht werden kann. Er verurteilt daher jegliche verbalen und tätlichen Angriffe auf hier lebende russische und russisch-stämmige Bürgerinnen und Bürger.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske